



Neunter Nationaler IT-Gipfel 2015

Digitale Zukunft gestalten – innovativ_sicher_leistungstark

Berliner Erklärung

Der Neunte Nationale IT-Gipfel in Berlin bringt zusammen, was zusammengehört. Die IKT-Branche, die klassische Industrie und der Mittelstand als Anwender von IT, Wissenschaft und Sozialpartner sowie weitere gesellschaftliche Akteure sind miteinander in einen konstruktiven Dialog getreten, um die digitale Zukunft aktiv zu gestalten – innovativ, sicher und leistungstark. Das Motto des diesjährigen IT-Gipfels spiegelt wider, dass die Gestaltung der digitalen Zukunft ein entscheidender Faktor für die künftige Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft ist. Dazu gehören die Förderung einer neuen Gründerzeit in Deutschland, die erfolgreiche Gestaltung von Industrie 4.0 und der digitalen Arbeitswelt, eine leistungsstarke Infrastruktur als Innovationstreiber, die Anerkennung des Wertes von digitalen Inhalten, die Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung sowie Sicherheit und Vertrauen in digitale Technologien.

Im zweiten Jahr der Umsetzung der Digitalen Agenda 2014 – 2017 der Bundesregierung zeigt der IT-Gipfel als eine zentrale Umsetzungsplattform wichtige, bereits erreichte Meilensteine und fungiert gleichzeitig als Beschleuniger und Impulsgeber für die Umsetzung und Fortentwicklung der Digitalen Agenda in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode.

I. Digitale Transformation und Industrie 4.0

Wir sind in eine neue Phase der Digitalisierung eingetreten: Die digitale Transformation hat das Potenzial, einen tief greifenden Strukturwandel in der Industrie, der gesamten Wirtschaft und der Arbeitswelt auszulösen. Die damit einhergehenden Chancen können wir aktiv nutzen! Der IT-Gipfel in Berlin sendet deswegen einen Aufruf zu mehr Offenheit an die IT-anwendende Wirtschaft und auch an viele kleine und mittelständische Unternehmen, die der Digitalisierung teilweise noch mit Sorge oder Skepsis gegenüberstehen. Durch die Einrichtung der Plattformen „Innovative Digitalisierung der Wirtschaft“ und „Industrie 4.0“ bietet der IT-Gipfelprozess insbesondere der IT-anwendenden Wirtschaft eine digitale Zukunftswerkstatt, die von der Vielfalt der unterschiedlichen Akteure lebt. Die Plattformen ermöglichen den Schulterschluss; sie schaffen ein gemeinsames Verständnis für die Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung der Wirtschaft und Arbeit und kommunizieren bereits erreichte Erfolge in die Breite.

In der Plattform „Innovative Digitalisierung der Wirtschaft“ wollen wir Schlüsselvoraussetzungen für unternehmerisch und gesellschaftlich selbstbestimmtes Handeln aller beteiligten Akteure in Deutschland und Europa in einer globalen Datenwirtschaft definieren und ihre Erfüllung vorantreiben. Gemeinsam erarbeitete Leitplanken zur Erreichung digitaler Souveränität bilden die Grundlage für die weiteren Arbeiten. Wir wollen Mittelständler, die der Digitalisierung noch fern stehen, stärker für die Chancen der Digitalisierung sensibilisieren. Die Gestaltung der Digitalisierung in besonders betroffenen Dienstleistungsbranchen werden wir mit konkreten Empfehlungen fördern und begleiten.

Die Plattform „Industrie 4.0“ setzt den Rahmen, um den digitalen Strukturwandel der Industrie in Deutschland weiter voranzutreiben. Sie sensibilisiert und motiviert Unternehmen, die Digitalisierung aktiv im eigenen Betrieb anzugehen. Ausgehend von der heute vorgestellten Online-Landkarte Industrie 4.0 mit weit über 100 Anwendungsbeispielen und einer Vielzahl von Testfeldern werden wir die Digitalisierung weiter in die Fläche tragen und im kommenden Jahr um zahlreiche Anwendungsbeispiele erweitern. In Kooperation mit Verbänden und dem DIHK werden wir bundesweit regionale Veranstaltungen durchführen, damit Industrie 4.0 in den Regionen und beim

Mittelstand fest verankert wird. Dem dient auch die Förderinitiative „Mittelstand 4.0 – Digitale Produktions- und Arbeitsprozesse“, unter der ab Anfang 2016 fünf „Mittelstand 4.0-Kompetenzzentren“ entstehen. Zudem wird es ein Kompetenzzentrum speziell für die Bedürfnisse des Handwerks geben.

In Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es aktuell eine Vielzahl von Testumgebungen, in denen Produktions- und Logistikprozesse unter realistischen Bedingungen für Industrie 4.0 getestet werden können. Die Bundesregierung wird KMU dabei fördern, ihre innovativen Industrie 4.0-Komponenten in passenden Testumgebungen zu erproben. Flankiert wird dies von spezifischen Beratungsangeboten und einer von Unternehmen und Verbänden gegründeten Praxisinitiative Industrie 4.0.

Mittlerweile arbeiten in der Plattform über 250 Teilnehmer aus mehr als 100 Organisationen an Lösungsmöglichkeiten für Anwendungen in der Industrie 4.0 und an konkreten Handlungsempfehlungen. Damit ist die Plattform Industrie 4.0 international ein Vorbild und gefragter Kooperationspartner.

Das in der Plattform entwickelte Referenzarchitekturmodell Industrie 4.0 (RAMI 4.0) bringen wir in den DIN-Normungsprozess ein und werden es auch in internationalen Normungsgremien intensiv diskutieren. Ferner werden wir aktiv weitere Normen und Standards global vorantreiben, wobei wir Erkenntnisse der Praxisinitiative miteinbeziehen. Darüber hinaus wird ein IT-Sicherheits-Leitfaden für kleine und mittlere Unternehmen sowie eine Internationalisierungsstrategie entwickelt. Die Erarbeitung konkreter Handlungsempfehlungen für die beteiligten Akteure dient der Politik als wichtige Grundlage für die Schaffung und Anpassung geeigneter Rahmenbedingungen im Bereich Industrie 4.0.

Gemeinsam wollen wir die Strategie „Intelligente Vernetzung“ der Bundesregierung umsetzen, um die Digitalisierung der Infrastruktursektoren Energie, Verkehr, Gesundheit, Bildung und Verwaltung zu beschleunigen. In gemeinsamen Gremien sind möglichst konkrete Ausbauziele und Umsetzungsschritte zu bestimmen. Das Zusammenwirken über sektorale Grenzen hinweg kann in Modellregionen und über Smart-City-/Smart-Regions-Initiativen in besonderer Weise erfolgen. Deshalb wird die Bundesregierung diese Ansätze insbesondere mit der Initiative „Intelligente Vernetzung“ unterstützen und Fördermöglichkeiten prüfen.

Der Wirtschaftsstandort Deutschland zeichnet sich dadurch aus, dass technologischer Fortschritt im Einklang mit sozialem Fortschritt für Beschäftigte einhergeht. An diesem Erfolgsmodell wollen wir auch im Zeitalter von Digitalisierung und Industrie 4.0 festhalten. Wichtig dafür ist, dass die Qualitätsanforderungen in von Digitalisierung betroffenen Branchen ermittelt und Qualifizierungsmaßnahmen definiert werden. Vorhandene Berufsbilder, wie z. B. die vier IT-Berufe, müssen auf den Prüfstand gestellt sowie neue Ausbildungsberufe und Fortbildungsgänge geschaffen werden. Ein gutes Vorbild ist der noch neue Beruf „Produktionstechnologe“ und der Fortbildungsgang „Prozessmanager Produktionstechnologie“. Gute, qualifizierte Arbeit braucht Bildung sowie breite Qualifizierungs- und Entwicklungschancen. Das gilt nicht nur für die betriebliche Ausbildung, sondern auch bereits für Schulen und Hochschulen.

Der Umbruch der Arbeitswelt bringt neue Aufgaben, Chancen und Herausforderungen hervor – von der Arbeitsorganisation, den Anforderungen an Führungskräfte, der Beteiligung von Beschäftigten über die Vermittlung von Fähigkeiten und Wissen bis hin zum Arbeits- und Gesundheitsschutz und der Schaffung neuer Flexibilitätsoptionen für die Beschäftigten. Dem Beitrag der Digitalisierung zu guter Arbeit stehen Verunsicherungen gegenüber, z. B. in Form von befürchteten Arbeitsplatzverlusten, den Möglichkeiten digitaler Kontrolle und dem damit verbundenen zunehmenden Leistungsdruck. In der Plattform „Digitale Arbeitswelt“ entwickeln wir Gestaltungslösungen, die den Risiken entgegenwirken und dazu beitragen, selbstbestimmter und gesünder, in attraktiven Arbeits- und Lernumgebungen arbeiten zu können. Ziel ist es, dass Beschäftigte und Unternehmen auf der Grundlage gelebter Mitbestimmung von den Chancen der Digitalisierung für eine gute Zukunft von Arbeit und Leben profitieren.

II. Digitale Netze und Mobilität

Deutschland muss mit flächendeckenden, modernen Hochgeschwindigkeitsnetzen die Basis für die Digitalisierung und Vernetzung aller Bereiche von Wirtschaft und Gesellschaft legen. Wirtschaft und Politik werden hierzu den weiteren, flächendeckenden Festnetz- und Mobilfunkausbau gemeinsam forcieren und fördern. Vorrangiges Ziel der Bundesregierung ist es, bis zum Jahr 2018 in Deutschland eine flächendeckende Versorgung mit mindestens 50 MBit/s herzustellen. Wir setzen hierbei auch weiterhin primär auf einen markt- und nachfragegetriebenen, technologieoffenen Ansatz, der Raum für Innovationen lässt. Daneben soll das neue Förderprogramm des Bundes die Versorgung in unrentablen Regionen ab 2016 deutlich verbessern. Dabei setzen wir mit Blick auf die längerfristigen Anforderungen von Industrie 4.0 und intelligenter Vernetzung auch Anreize, dass für Unternehmen zukunftsfähige TK-Dienste mit symmetrischen Übertragungsgeschwindigkeiten im Bereich von Gigabit/s zur Verfügung gestellt werden.

Auch die TK-Branche wird durch disruptive, auf Digitalisierung basierende Geschäftsmodelle und Technologien verändert. Die Telekommunikationsmärkte sind heute von einer sehr hohen Wettbewerbsintensität geprägt. Wir werden auf nationaler und europäischer Ebene weitere Maßnahmen identifizieren und umsetzen, die den Investitionsrahmen für den Netzausbau und die Wettbewerbsfähigkeit in Deutschland und Europa mit Blick auf die Vernetzungsanforderungen von übermorgen weiter verbessern. Dabei müssen wir den Blick auf die Anforderungen künftiger Anwendungen richten und dabei gleichzeitig Netzneutralität sicherstellen. In einem konvergierenden und äußerst dynamischen globalen Wettbewerbsumfeld brauchen wir insgesamt einen zukunftsorientierten Rahmen für alle Marktteilnehmer in Europa, der mehr marktgetriebene Innovationen und Investitionen ermöglicht.

Wir wollen Deutschland gemeinsam zum weltweiten Leitanbieter und Leitmarkt für intelligente Mobilität machen. Technologische Treiber zum Erreichen dieser Ziele sind die Konvergenz von Fest- und Mobilfunknetzen sowie die Mobilfunk- und Netztechnologie 5G, deren Markteinführung für 2020 angestrebt wird.

Mit deutlich höheren Datenkapazitäten und sehr geringen Latenzzeiten wird 5G nicht nur die heutige Mobilfunknutzung für Sprache und Daten verändern und eine wesentliche Voraussetzung für den Erfolg von intelligenter Mobilität und vernetztem Fahren sein, sondern insbesondere auch für Industrie 4.0 mit ihren hochgradig vernetzten Produktions- und Logistikketten von großer Bedeutung sein. Politik und Wirtschaft werden sich daher gemeinsam auf allen Ebenen dafür einsetzen, den internationalen Rahmen für das enorme Innovations- und Wachstumspotenzial dieser Schlüsseltechnologie bestmöglich zu gestalten. Dies umfasst die frühzeitige Verfügbarkeit eines ausreichenden Funkspektrums bei Wahrung von Planungs- und Investitionssicherheit für alle Beteiligten sowie einen flexiblen Rahmen für die Spektrumsnutzung, für innovative Geschäftsmodelle und für qualitätsgesicherte Dienste und die weitere Förderung der Forschungs- und Standardisierungsaktivitäten.

Die deutsche Mobilitäts-, Logistik- und IKT-Industrie arbeitet daran, mit Kompetenz und Innovationskraft die Potenziale neuester Breitbandnetze und intelligenter Mobilität zu demonstrieren und zu implementieren. Hierzu gehört auch der volkswirtschaftlich enorm wichtige Smart-Data-Bereich. Verkehrsträgerübergreifende Standards für Datenerhebung und -verarbeitung sowie für qualitativ hochwertige und sichere Smart-Data-Anwendungen sind die Voraussetzung für intelligente Verkehrssysteme. Politik und Wirtschaft werden gemeinsam den notwendigen Rahmen hierfür schaffen. Hierzu gehören auch ein hoher und transparenter Datenschutzstandard bei der Datenerhebung, -authentifizierung, -verarbeitung und -speicherung sowie verbraucher- und wettbewerbsfreundliche Regeln für die Datennutzungsrechte als Basis für das Vertrauen der Gesellschaft in diese neue Schlüsseltechnologie. Wichtige technische Basis für qualitativ hochwertige Smart-Data-Anwendungen, wie intelligente Verkehrssysteme, ist die komplette Umstellung auf All-IP.

III. Digitale Innovation und moderner Ordnungsrahmen

Digitale Transformation ist untrennbar mit der digitalen Innovation verbunden. Für eine erfolgreiche Transformation der Leitindustrien ist ein funktionierendes innovatives, digitales Ökosystem die zentrale Voraussetzung: Start-ups, Mittelstand, Forschung und Flaggschiffe der deutschen Wirtschaft müssen intensiver als bisher miteinander zusammenarbeiten. Nur so können Innovationen entstehen, die Impulse geben und bestehende Technologien ablösen. Notwendig hierfür ist ein politischer Ordnungsrahmen, der die Entfaltung und Entwicklung technischen Fortschritts

begünstigt. Politische Agenden sollen so formuliert sein, dass Innovationen gefördert sowie die Chancen technologischer Entwicklungen ergriffen werden können und mögliche Risiken vermieden werden. Technologieprogramme sollten u. a. auf zukünftige, digital getriebene Innovationen setzen, die durch 3D-Druck und 3D-Bildgebung entstehen. Aber auch die vermehrten Anforderungen an robuste, echtzeitfähige und sichere Kommunikationslösungen für die Industrie und kooperatives Produktengineering sollten technologiepolitisch adressiert werden.

Insbesondere Gründerinnen und Gründer mit ihren kreativen Ideen, Produkten und Geschäftsmodellen können eine zentrale Rolle im Wettlauf um Innovationen spielen. Start-ups und Wachstumsunternehmen sind für die IKT-Branche und für die Wirtschaft insgesamt aufgrund ihrer hohen Innovationsleistungen zu einem internationalen Wettbewerbsfaktor geworden. Die Verschmelzung klassischer Industrien mit der IT wird diesen Prozess weiter verstärken. Wir appellieren daher weiter für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen Start-ups und der etablierten Wirtschaft. Die Unterstützung von Start-ups ist eine gesamtwirtschaftliche und damit eine politische Aufgabe. Wir wollen eine „Neue Gründerzeit“ in Deutschland anstoßen. Gründen, wachsen und internationalisieren muss so einfach wie möglich werden. Dazu gehört auch ein erleichterter Zugang zu Risikokapital in der Wachstumsphase. Für ein schnelles, internationales Wachstum fehlt zu häufig das Geld. Die Bundesregierung hat mit dem Kabinettsbeschluss zu den Eckpunkten für mehr Wagniskapital einen entscheidenden Schritt gemacht. Am Ende brauchen wir hier aber auch einen Mentalitätswandel und die Bereitschaft der Wirtschaft für mehr privates Risikokapital. Allein staatliche Investitionen werden nicht ausreichen.

Deutschland und Europa benötigen einen modernen Ordnungsrahmen, der Innovationen und neue Ideen befördert. Investitionen in Forschung und Entwicklung bestimmen die wirtschaftliche Zukunft Europas; sie sind ein elementarer Bestandteil für innovationsgetriebenes, nachhaltiges Wachstum. Um die Chancen der Digitalisierung für Europa umfassend zu nutzen und Herausforderungen frühzeitig zu begegnen, sind wir alle gefordert, den digitalen Wandel aktiv zu gestalten. Die im Rahmen der neuen Plattform „Kultur und Medien“ einbezogenen Inhalteanbieter formulieren als wichtige Akteure und Treiber der Digitalisierung Thesen für ein erfolgreiches Zusammenwirken von Technologie und Inhalten.

Unser Ziel ist, die Digitalisierung in der Europäischen Union gemeinsam voranzutreiben, durch eine digitale Ordnungspolitik ein „Level-Playing-Field“ für den Wettbewerb zu schaffen und hohe Sicherheits-, Verbraucher- und Datenschutzstandards zu setzen. Ausgehend von der Mitteilung der Europäischen Kommission zur Strategie für den Digitalen Binnenmarkt, sehen wir mit großem Interesse den dort angekündigten Maßnahmen entgegen und werden die Umsetzung der Strategie der EU-Kommission aktiv und konstruktiv begleiten.

Insbesondere der europäische Urheberrechtsacquis muss angesichts der fortlaufenden technologischen Entwicklung auch im Online-Bereich einen ausgewogenen Interessenausgleich zwischen Kreativen, Verwertern, Nutzern und Intermediären von urheberrechtlich geschützten Inhalten gewährleisten. Wir unterstützen daher die Bemühungen der Europäischen Kommission, das Urheberrecht den Erfordernissen und Herausforderungen durch das Internet weiter anzupassen und dabei die digitalen Nutzungspraktiken zu berücksichtigen. Auch im digitalen Bereich ist die gerechte Vergütung kreativer Leistungen sicherzustellen. Gleichzeitig muss den legitimen Interessen der Verbraucherinnen und Verbraucher bei der Nutzung digitaler Angebote im Binnenmarkt angemessen Rechnung getragen werden. Schließlich muss die beabsichtigte Reform auf europäischer Ebene auch die Belange von Bildung und Forschung berücksichtigen.

Wir begrüßen auch die Initiative der Europäischen Kommission zum ungerechtfertigten Geoblocking, dieses kann einer vollen Verwirklichung des Binnenmarktes entgegenstehen. Die konkreten Anwendungsfälle des Geoblockings müssen dazu aufgezeigt und analysiert werden. Erst dann können unter Berücksichtigung der Vertragsfreiheit, des Wettbewerbsrechts und der Sicherung der kulturellen Vielfalt in Europa Vorschläge für eine Unterbindung der ungerechtfertigten Diskriminierung nach Wohnsitz oder Staatsangehörigkeit durch Unternehmen entwickelt werden.

Der Normung kommt bei der Entwicklung des digitalen Binnenmarktes und der Verbesserung der Interoperabilität eine entscheidende Rolle zu. Es ist zu begrüßen, dass die Europäische Kommission Normung ebenfalls als einen wesentlichen Baustein für ein Gelingen des digitalen Binnenmarktes ansieht und hier Impulse geben möchte, damit Technologienentwicklung und Normung Schritt halten. Wir werden insbesondere Erfahrungen aus erfolgreichen laufenden Vorhaben zum Thema Normung/Standardisierung einbringen. Hervorzuheben ist hier die Plattform Industrie 4.0, deren Aktivitäten auch auf europäischer Ebene berücksichtigt werden müssen.

IV. Digitale Souveränität: Sicherheit, Schutz und Vertrauen

Im Zeitalter des Internets der Dinge nimmt die Vernetzung von Maschinen und Gegenständen rasant zu. Menschen und Unternehmen agieren vernetzt, teilen Informationen und digitalisieren Produktionsprozesse. Dies schafft neue Chancen, bringt aber auch neue Risiken mit sich. Nur wenn wir die Sicherheit der IT-Systeme und den Schutz der Privatsphäre und der personenbezogenen Daten bestmöglich gewährleisten können, werden wir Vertrauen in Wirtschaft und Gesellschaft gewinnen und den digitalen Wandel positiv gestalten können. Die Gewährleistung von IT-Sicherheit und Privatsphäreschutz ist deshalb ein zentraler Erfolgsfaktor für die Digitalisierung in Deutschland und in Europa und sind damit zwei tragende Säulen unserer digitalen Souveränität. Weder Staat noch Wirtschaft können Sicherheit, Schutz und Vertrauen alleine herstellen. Die Formen der Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Staat werden wir daher fortentwickeln und die Zusammenarbeit intensivieren. Mit dem IT-Sicherheitsgesetz haben wir national bereits einen wichtigen Schritt für mehr Cybersicherheit in kooperativer Zusammenarbeit mit der Wirtschaft getan.

Wir müssen Wirtschaft sowie Bürgerinnen und Bürger, aber auch staatliche Stellen, in die Lage versetzen, absolut vertraulich und geschützt in digitalen Netzen kommunizieren zu können. Dies gilt insbesondere für Daten von Unternehmen und von Bürgerinnen und Bürgern. Mehr Sicherheit beim Versand von E-Mails in Deutschland schaffen Angebote von Internet Providern zur Ende-zu-Ende-Verschlüsselung, die im Kontext der „Charta zur vertrauenswürdigen Kommunikation“ der Plattform „Sicherheit, Schutz und Vertrauen für Gesellschaft und Wirtschaft“ entwickelt wurden.

Mit der App „SiBa“ (Sicherheitsbarometer) leistet die Plattform ferner einen Beitrag zur Unterstützung der Bürgerinnen und Bürger bei der Erhöhung ihrer Internetsicherheit. Die App informiert über aktuelle Risiken und bietet passende Anleitungen zur Prävention und Reaktion. Bürgerinnen und Bürger können so aktuelle Ereignisse besser verstehen und konkrete Schutzmaßnahmen ergreifen.

Im Hinblick auf den Schutz personenbezogener Daten hat die Plattform „Verbraucherpolitik in der digitalen Welt“ nach Lösungsansätzen gesucht, wie Unternehmen während der Entwicklung und bei der Umsetzung von datenbasierten Angeboten den Datenschutz durch Technik („Privacy by design“) verwirklichen können.

Ziel muss die Entwicklung eines modernisierten europaweit geltenden Datenrechts sein, das auch ein hohes Datenschutzniveau und hohe Datensicherheit umfasst. Dies wird mit der geplanten EU-Datenschutz-Grundverordnung angestrebt. Auch Datenübermittlungen über die EU-Grenzen hinaus müssen auf eine sowohl für datenverarbeitende Unternehmen als auch für die Bürgerinnen und Bürger rechtssichere Grundlage gestellt werden, die gewährleistet, dass ein dem europäischen Niveau äquivalentes Schutzniveau auch in den Unternehmen im Ausland eingehalten wird. Eine rechtssichere Verarbeitung von Daten ist Fundament unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens und unserer wirtschaftlichen Entwicklung. Daten sind die Rohstoffe des 21. Jahrhunderts. Maschinen und Prozesse produzieren eine große Menge von Daten. Neben Datensparsamkeit und Datenvermeidung wird die verantwortungsvolle Nutzung von Daten zu einem zentralen Grundsatz einer Datenökonomie im Zeitalter von Big Data. Wir brauchen eine moderne Datenpolitik, die die großen ökonomischen Chancen für unsere Gesellschaft nutzbar macht und gleichzeitig den Schutz der Privatsphäre und die digitale Selbstbestimmung des Einzelnen gewährleistet. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass so genannte „Maschinendaten“ einen Wirtschaftsfaktor und Vermögenswert darstellen und als digitales Potenzial gesichert werden müssen.

Wir brauchen einheitliche Regelungen, die im digitalen Binnenmarkt Europa den freien Datenfluss gewährleisten. Mit einer zügigen und inhaltlich ambitionierten EU-Datenschutz-Grundverordnung haben wir die Chance, die Bedeutung des technischen Datenschutzes zu stärken. Hierbei spielen datenschutzfreundliche Anonymisierungs- und Pseudonymisierungstechnologien eine wichtige Rolle. Mechanismen der Selbstregulierung können das staatliche Schutzinstrumentarium ergänzen. Gleichzeitig wird das geplante Marktortprinzip zu einheitlichen Datenschutzstandards führen und kann einen Beitrag leisten, das Verhältnis zu anderen Marktplätzen außerhalb Europas zu regeln.

Vertrauen ist eine wichtige Voraussetzung für den Erfolg neuer Dienste und Geschäftsmodelle in einer digitalen Welt. Die Plattform „Verbraucherpolitik in der digitalen Welt“ hat sich deshalb mit der Entwicklung von transparenten und verständlichen Datenschutzhinweisen befasst, die die wesentlichen Informationen zum Datenschutz auf einer Seite

bündeln und neben die formelle Datenschutzerklärung treten sollen. Eine solche „smarte“ Information schafft mehr Transparenz, die die Nutzerinnen und Nutzer erst dazu befähigt, sich selbstbestimmt in der digitalen Welt zu bewegen und von ihren Rechten Gebrauch zu machen. Dies führt auch zu mehr Vertrauen zwischen Unternehmen und Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Für den Standort Deutschland und Europa ist außerdem ein kohärentes Vorgehen bei der Gewährleistung von Cybersicherheit in Europa unerlässlich. Die gegenwärtig verhandelte EU-Richtlinie zur Netzwerk- und Informationssystem-sicherheit ist hierbei ein wesentlicher Baustein. Über die im IT-Sicherheitsgesetz geregelten Kritischen Infrastrukturen hinaus wird die Umsetzung der Richtlinie höhere Sicherheitsstandards für Internetdienste bedeuten.

Rechtssicherheit ist eine wichtige Voraussetzung für die vertrauensvolle Nutzung digitaler Technologien über Wertschöpfungsketten und -netzwerke hinweg. Wir müssen darauf achten, Entwicklungsmöglichkeiten und Geschäftsmodelle zu fördern und diese nicht unnötig zu be- oder gar verhindern. Die Gestaltung des Rechtsrahmens wird daher in einem engen Austausch mit den betroffenen Anbieter- und Anwender-Industrien erfolgen.

Wir müssen unsere Anstrengungen im Bereich Medienkompetenz und Bildung hinsichtlich der digitalen Welt stärken. Digitaler Sorglosigkeit treten wir entgegen. Nur wer digitale Technologien sicher anwenden kann und auch anwendet, profitiert von Nutzen und Chancen, die sich bieten, und kann auch potenzielle Risiken einschätzen und vermeiden.

V. Digitaler Staat und digitale Verwaltung

Mit der digitalen Transformation erleben wir auch eine „Revolution“ in unserer Arbeits- und Lebenswelt. Dies betrifft auch die öffentliche Verwaltung, die bei der Entwicklung neuer Konzepte, Organisationsformen und Ablaufstrukturen die Möglichkeiten moderner IT nutzen muss. Dabei stehen Staat und öffentliche Verwaltung vor einer besonderen Herausforderung: Behörden und Einrichtungen müssen ihre Prozesse nicht nur digitalisieren, um den sich stetig und immer schneller wandelnden Anforderungen gerecht werden zu können, sie müssen die Abläufe auch dynamischer und flexibler gestalten.

Die Problematik bei der administrativen Bewältigung der Flüchtlingsaufnahme zeigt eindrücklich, wie starr die bestehenden Prozesse sind und wie wenig vernetzt die beteiligten Behörden agieren. Wir wollen uns noch intensiver dafür einsetzen, dass die öffentliche Verwaltung der Kommunen, der Länder und des Bundes in die Lage versetzt wird, die gesellschaftlichen und wirtschaftliche Veränderungen schnell, vernetzt und effizient zu bewältigen, hierfür neue Lösungen, Organisationsformen und Prozesse – auch über Verwaltungsebenen und -grenzen hinweg – zu finden und diese mit intelligenter IT zu unterlegen.

Die Art und Weise, wie die öffentliche Hand der steigenden Nachfrage nach digitalen Dienstleistungen sowie der zunehmenden Mobilität von Menschen begegnet, hat einen entscheidenden Einfluss auf die Standortattraktivität und die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Im Mittelpunkt steht der innovative Staat, der Strukturen im Sinne des Innovationsgedankens aus Bürger- und Unternehmenssicht gestaltet und dadurch moderne Dienstleistungen ermöglicht, um den großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu begegnen. Nur durch eine konsequente Nutzerausrichtung digitaler Angebote der öffentlichen Verwaltung können neue Anreizmechanismen geschaffen werden. Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen sollen ihre Behördenanliegen über ein digitales Servicekonto online erledigen können – und bei Bedarf mit ihrem Personalausweis und Smartphone rechtssicher digital unterschreiben. Wir wollen darauf hinwirken, dass die Angebote der digitalen Verwaltung so gestaltet werden, dass sie leicht auffindbar, intuitiv nutzbar, an jedem Ort verfügbar und sicher sind. Dabei werden von einem verstärkten Daten- und Informationsaustausch sowohl Nutzer als auch Verwaltung profitieren, da eine aufwendige Mehrfacherhebung von Daten durch dynamische und effektive Prozesse ersetzt werden könnte. Der Nutzen von Online-Angeboten des Staates wird dadurch klarer zu Tage treten und deren weitere Verbreitung gefördert.

VI. Ausblick

Die neuen Plattformen und Foren des IT-Gipfels bieten eine ausgezeichnete Möglichkeit, die neuen Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung mit allen relevanten Gruppen und Akteuren in einem intensiven Dialog der gegenseitigen Verständigung zu erörtern und daraus neue Perspektiven für Wachstum, Wohlstand, gute Arbeit sowie kulturelle und mediale Vielfalt und sozialen Zusammenhalt zu entwickeln. Nur wenn wir zügig und entschlossen die Gelegenheit nutzen, uns gemeinsam auf die tiefgreifenden Veränderungen vorzubereiten, werden wir auch in Zukunft von diesem Wandel profitieren.